



Dr. Ilja Seifert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Bundesverband
der evangelischen Behindertenhilfe e.V.
Herrn Michael Contry
Altensteinstr. 51

14195 Berlin

Eingegangen

04. Mai 2009

AZ:

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 72 176
✉ (030) 227 – 76 176
✉ Ilja.seifert@bundestag.de

Wahlkreis
Schulstraße 8
02826 Görlitz
☎ (03581) 66 10 50
✉ (03581) 66 10 51
✉ Ilja.seifert@wk.bundestag.de

Wahlkreis
Äußere Weberstraße 2
02763 Zittau
☎ (03583) 51 76 40
✉ (03583) 51 76 54
✉ Ilja.seifert@wk2.bundestag.de

Berlin, 30. April 2009
spr./I.S.

Sehr geehrter Herr Contry,

Sie haben sich mit den durch Ihren Verband erarbeiteten Wahlprüfsteinen an alle Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE mit der Bitte gewandt, sich dazu zu positionieren.

Als behindertenpolitischer Sprecher bedanke mich nachdrücklich im Namen der gesamten Bundestagsfraktion DIE LINKE für Ihr großes Engagement und komme hiermit natürlich sehr gern Ihrer Bitte nach.

In der Bundesrepublik leben rund 6,6 Millionen Menschen mit physischen und/oder psychischen Behinderungen. Sie leben mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, aber sie sind nicht behindert – sie werden behindert: durch Gesetze und Rahmenbedingungen, die ihre Situation nicht berücksichtigen. Und durch ein gesellschaftliches Klima, das gesunde Menschen als Norm setzt und alle, die dieser „Normalität“ nicht entsprechen, aussondert.

- Das beginnt bei der Ausbildung der meisten Kinder und Jugendlichen mit Behinderung in Sondereinrichtungen, die ihnen kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen.
- Das setzt sich fort in den wenigen Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen. Überproportional oft sind Menschen mit Behinderung erwerbslos, von Sozialhilfe abhängig und in Heimen untergebracht. Die Rentenreform der Regierung, diverse Sparpakete und besonders die Gesundheitsreform verschlechtern die Lage für Menschen mit Behinderung.
- Und auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird für sie erschwert, öffentliche Verkehrsmittel und Einrichtungen wie Kinos oder Behörden sind für sie nur eingeschränkt nutzbar.

Seit den 70er Jahren wächst die Forderung nach einem Paradigmenwechsel: weg von paternalistischer Fürsorge und Bevormundung, hin zur Selbstbestimmung und Selbstvertretung. Behindertenpolitik soll eine Ressort übergreifende, bürgerrechtliche Aufgabe werden.

Auch deshalb haben wir in unserem bisherigen Entwurf des Wahlprogramms formuliert: ...“ *Behindertenpolitik ist als Querschnittspolitik zu betrachten. Die LINKE orientiert sich am „Übereinkommen über die Rechte behinderter Menschen“, das Deutschland 2007 unterzeichnet hat.*

Chancengleichheit, Barrierebeseitigung und diskriminierungsfreier Ausgleich stehen im Mittelpunkt unserer politischen Forderungen. DIE LINKE verteidigt den Selbstvertretungsanspruch von Menschen mit Behinderungen.“

DIE LINKE setzt sich dafür ein, Selbstbestimmung zum dominierenden Prinzip in der Fürsorge zu machen und unterstützt den Selbstvertretungsanspruch von Menschen mit Behinderung, auch durch aussichtsreiche Listenplätze für Parlamentsmandate.

DIE LINKE fordert:

- ein umfassendes und wirkungsvolles Antidiskriminierungsgesetz;
- ein Nachteilsausgleichsgesetz, das die bisherigen Einkommens- und Vermögens- bzw. Bedürftigkeitsprüfungen behinderter Menschen und ihrer Angehörigen abschafft;
- dauerhafte Arbeitsplätze, Beschäftigungs- und Ausbildungssicherung für Menschen mit Behinderungen;
- das Recht auf persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen, um ein selbstbestimmtes Leben in Arbeit, Studium, Haushaltsführung und Freizeit zur Normalität werden zu lassen; die Stellung schwer geistig und mehrfach behinderter Menschen sowie von psychisch Kranken muss gestärkt werden;
- praktische, an der Familie orientierte offene Hilfen, die auch Alleinerziehende unterstützen, mit gesetzlich geregelter rechtlicher und finanzieller Absicherung (für Beratung, Familien entlastende Dienste, ambulante Frühförderung, integrative Angebote und Plätze in Krippen, Kindergärten und Schulen sowie in weiteren Bildungseinrichtungen und Vereinen);
- Anhebung des steuerfreien Pauschbetrags für schwer behinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- gemeinsame Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung in allen Entwicklungsphasen;
- Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen durch Beseitigung bzw. Verhinderung baulicher und kommunikativer Barrieren.

Mehr zu den Positionen der Partei DIE LINKE und vor allen über unsere parlamentarischen Aktivitäten im Sinne von Menschen mit Behinderung können Sie hier nachlesen:

05.12.2008 – ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE 16/11238

Gesetzentwurf zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zum Fakultativprotokoll

Die Bundesregierung hat gemeinsam mit den anderen deutschsprachigen Ländern und den Bundesländern eine inadäquate, inhaltlich abgeschwächte Übersetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgelegt und will diese mit dem Gesetzentwurf zur »amtlichen« Übersetzung erklären.

DIE LINKE fordert - in Übereinstimmung mit der Behindertenbewegung - eine Überarbeitung des mangelhaft übersetzten deutschen Konventionstextes.

06.06.2008 – KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE 16/9403

Arbeitsintegration behinderter Menschen und die Rolle der Integrationsfachdienste

Die Regelungen zur Arbeitsvermittlung behinderter Menschen in den verschiedenen Gesetzbüchern sind hoch komplex und unübersichtlich. Die Bundesregierung soll übersichtlich darstellen, wie sich die Arbeitsvermittlung konkret gestaltet und außerdem die Rolle der Integrationsfachdienste erläutern. Für diese Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als Drucksache 16/9655 vor.

30.11.2006 – ANTRAG – DRUCKSACHE 16/3698

Gesetz zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile (NAG) vorlegen

Das NAG soll behinderungsbedingte Nachteile ausgleichen, um Gleichstellung und Chancengerechtigkeit, Vereinheitlichung des Behindertenrechts, Bedarfsdeckung sowie Stärkung selbstbestimmter Teilhabe behinderter Menschen am Gemeinschaftsleben zu erreichen.

Ich bin der Überzeugung, dass Ich damit Ihren „Stimmzettel“ doch umfassend beantwortet habe, möchte Sie aber auch darauf hinweisen, sich bei eventuell doch noch vorhandenen Nachfragen ganz direkt und vertrauensvoll an mich zu wenden. Selbstverständlich bin ich jederzeit gern bereit, weitere Fragen schnell und unkompliziert und im direkten Kontakt zu klären.

Ich bedanke mich nochmals sehr für Ihr Interesse und Ihr Vertrauen in die Politik der Partei DIE LINKE und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Ilja Seifert